



### Presseschau vom 11.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

#### **Dan-news.info: Erklärung des Oberhauptes der DVR zum Beschuss eines Fahrzeugs des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“**

Heute, während Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ im Bereich der Wassiljewer Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke die Zufahrt zum Arbeitsplatz von Schnee räumten, haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf ein Dienstfahrzeug eröffnet. Geschossen wurde aus Richtung Kamenka unter Verwendung von Granatwerfern und Schützenpanzern. In der Folge der Provokation wurden drei Männer verletzt – Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“. Außerdem geriet das Dienstfahrzeug in Brand.

Dies ist eine empörende Verletzung der Minsker Vereinbarungen. Es ist offensichtlich, dass sich die Schießenden bewusst waren, dass sie zivile Technik, die ausschließlich humanitäre Aufgaben erfüllt, beschießen.

Die Ukraine demonstriert ein weiteres Mal eine zynische Missachtung der Minsker Vereinbarungen, tötet friedliche Bürger, führt Provokationen durch, untergräbt die humanitäre Lage an der Kontaktlinie.

Wir rufen die Weltöffentlichkeit, die Länder des normannischen Formats auf, allseitigen Druck auf die Ukraine bezüglich der Erfüllung des Maßnahmenkomplexes auszuüben. Das, was Kiew sich erlaubt, sind Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit. Die Ukraine muss und soll gestoppt werden!

## Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin

### vormittags:

#### de.sputniknews.com: **Maas verteidigt Nord Stream 2 erneut gegen US-Kritik**

Bundesaußenminister Heiko Maas hat erneut den Widerstand der USA gegen die im Bau befindliche Gaspipeline Nord Stream 2 zurückgewiesen: Diese stelle keinen deutsch-russischen Sonderweg dar. Maas sprach sich zudem für eine enge Zusammenarbeit mit Moskau aus.

„Fragen der europäischen Energiepolitik müssen in Europa entschieden werden, nicht in den USA“, sagte der SPD-Politiker auf dem Neujahrsempfang des Ostausschusses und Osteuropavereins der deutschen Wirtschaft in Berlin.

„Nord Stream 2 mit einseitigen Sanktionen zu belegen, ist jedenfalls nicht der richtige Weg“, fügte er hinzu.

Die Gasleitung sei insbesondere für die Ukraine von großer Bedeutung: Würden deutsche und europäische Unternehmen aus dem Projekt herausgedrängt, werde es niemanden mehr geben, der darauf poche, dass der russische Gastransit durch die Ukraine erhalten bleiben müsse. Zugleich betonte der Außenminister, Berlin nehme die Sorgen der mittelosteuropäischen Länder gegenüber Nord Stream 2 ernst: „Dies ändert aber nichts an unserer Haltung, dass Nord Stream 2 keinen deutsch-russischen Sonderweg darstellt.“

Maas plädierte zudem für einen differenzierten Umgang mit Russland. „Russland hat in den letzten Jahren viel Vertrauen verspielt“, sagte der SPD-Politiker mit Blick auf den INF-Vertrag und den Krieg in der Ostukraine. Maas hatte zuvor Moskau vorgeworfen, das INF-Abkommen gebrochen zu haben, und eine „überprüfbare Abrüstung“ von Russland gefordert. „Wir brauchen Russland aber weiter als Partner in der Außenpolitik“, betonte Maas. „Wir wollen eine möglichst enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Russland.“

Auch der Vorsitzende des Ostausschusses und Osteuropavereins der deutschen Wirtschaft (OAOEV), Wolfgang Büchele, kritisierte Washington scharf. Es gehe auch „um unsere Selbstachtung und Souveränität“, sagte er.

Der Vorstandsvorsitzende des russischen Energiekonzerns Gazprom, Alexej Miller, hatte im Dezember erklärt, dass bereits 380 Kilometer der Gaspipeline verlegt worden seien. „Aktuell gehen die Arbeiten in den ausschließlichen Wirtschaftszonen Finnlands, Schwedens sowie in Küstengebieten Deutschlands und Russlands vonstatten“, sagte Miller.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Kalinowo, Donezkij, Kalinowka und Kalinowo-Borschtschewatoje.

Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

#### de.sputniknews.com: **CNN: USA ziehen ihre Militärtechnik aus Syrien ab**

Die USA haben mit dem Abzug von Militärtechnik aus Syrien begonnen. Wie der TV-Sender CNN versichert, soll die erste Partie Bodentechnik das Land bereits in den vergangenen Tagen verlassen haben.

Der Sender präzisierte jedoch nicht, um welche Technik es konkret geht, und wie und wohin sie gebracht wurde. Das US-Kontingent solle zuerst aus dem nördlichen Teil Syriens

abgezogen werden, hieß es weiter.

Geleitet werde der Abzug vom Zentralkommando der Vereinigten Staaten (CENTCOM). Dafür würden auch Schiffe, Flugzeuge, Hubschrauber und Bodentechnik eingesetzt. US-Präsident Donald Trump hatte Ende 2018 den Abzug der US-Truppen aus Syrien angekündigt. Die ersten Gruppen von Militärs haben das Land bereits verlassen. Doch danach erklärte Trump, dass er niemals einen schnellen Abzug versprochen habe und der Abzug verzögert werden könnte.

### **Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. Januar 3:00 bis 11. Januar 3:00**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6-7), Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum).

Wie zuvor mitgeteilt wurde, wurden in der Folge eines Beschusses von Seiten der BFU mit Granatwerfern und Schützenpanzern drei Männer, Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“, unterschiedlich schwer verletzt. Außerdem geriet ein Dienstfahrzeug in Brand.

Zu diesem Fall wurde von der Vertretung der DVR im GZKK eine Untersuchung durchgeführt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgeschossenen Geschosse betrug 50.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 1.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

### **de.sputniknews.com: Russland: USA planen illegitime Bildung alternativer Regierung in Venezuela**

Nach dem jüngsten Telefonat zwischen US-Außenminister Mike Pompeo und dem neuen oppositionellen Vorsitzenden des venezolanischen Parlaments, Juan Guaido, hat Russland die US-Politik gegenüber Venezuela als „unverhohlenes Eingreifen“ in die Souveränität dieses Staates verurteilt.

Moskau wirft den USA vor, verfassungswidrig eine alternative Regierung in Venezuela bilden zu wollen, wobei Washington entgegen der Realität einige Machtorgane als legitim anerkennt und anderen dieses Recht abspricht. Außerdem schnüren die USA ihre „Sanktionsschlinge“ um das Land immer fester zu, was die sozialwirtschaftliche Lage der Venezolaner noch verschlimmere, hieß es in der Mitteilung des Ministeriums.

Es dürfe keine weitere Spaltung in der venezolanischen Gesellschaft zugelassen werden. Dagegen sei ein inneres Einvernehmen erforderlich. Die Regierung und die Opposition müssten wieder an den Verhandlungstisch gebracht werden, um die Spannung im Land zu

senken.

Wie der venezolanische Botschafter in Russland, Carlos Tortosa, gegenüber Sputnik sagte, haben die USA und ihre Verbündeten ihr Bestes getan, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Regierungskurs von Maduro zu untergraben, wenn auch erfolglos.

„Heute steht am Steuer eine starke Leitung, die von der Bevölkerung, darunter von den Militärs, stark unterstützt wird“, sagte Tortosa. Die Nichtanerkennung der Befugnisse des Präsidenten Maduro durch einige Staaten bezeichnete der Botschafter als eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, die Venezuela nicht unbeantwortet lassen werde.

„Wir sind nicht gegen Kritik, sie sollte aber zivilisiert sein, nämlich in Form eines Dialogs und nicht durch eine offene Missachtung unseres Landes“, so Tortosa.

Moskau will auch künftig die strategische Partnerschaft mit dem venezolanischen Volk und der legitimen Staatsführung Venezuelas ausbauen, so das Außenamt in Moskau.

Guaido hat das Amt des Vorsitzenden der Nationalversammlung, des Parlaments, vor einigen Tagen angetreten. Das Gremium hat derzeit praktisch kein Entscheidungsrecht. Stattdessen bildete Maduro eine verfassungsgebende Versammlung, die völlig von der Regierung kontrolliert wird.

Maduro hat am gestrigen Donnerstag den Amtseid als Präsident des Landes für die Jahre 2019 bis 2025 abgelegt. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat Maduros zweiten Amtsantritt nicht anerkannt. Auch die Lima-Gruppe hat – mit Ausnahme Mexikos – Maduro aufgefordert, auf seine zweite Amtszeit zu verzichten. Diese Stellung beziehen auch die Vereinigten Staaten. Sie haben gegen das lateinamerikanische Land weitere Sanktionen verhängt, um dessen Staatsführung unter Druck zu setzen.

### **Lug-info.com: Kommentar des Oberhaupts der LVR bezüglich der Weigerung Kiews bei den Wahlen Beobachter aus der RF zuzulassen**

Die Weigerung der Ukraine, russische Beobachter bei den Präsidentschaftswahlen zuzulassen, widerspricht den vorhandenen Normen der Demokratie.

Im Unterschied zu den Republiken des Donbass, die für alle Beobachter absolut offene demokratische Wahlen durchgeführt haben, verletzt die Kiewer Regierung ein weiteres Mal die Normen des internationalen Rechts.

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik, Leonid Pasetschnik

### **Rusvesna.su: Italienischer Militärberichterstatter verschwand in Mariupol**

Der italienische Militärberichterstatter Roberto Travan ist in Mariupol verschwunden: Ein Ausländer, dem angeblich "zur Sicherheit" mehrere ukrainische Grenzsoldaten an die Seite gestellt wurden meldet sich seit Ende 2018 nicht mehr.

Nach Angaben des Pressedienstes der Generalstaatsanwaltschaft der LVR erhielt die Hotline der Abteilung am 8. Januar Informationen von einer Einwohnerin von Mariupol. Die Frau gab an, dass ihr Bekannter - der italienische Fotograf und Militärjournalist Roberto Travan - seit Ende Dezember nicht kontaktiert werden konnte.

Nach Angaben der jungen Frau kam der Auslandskorrespondent Mitte Dezember 2018 in Mariupol an, um eine Serie von Fotoreportagen über den Krieg im Donbass aufzunehmen. Zuvor besuchte Travan wiederholt „Hot Spots“ in Afghanistan, Berg-Karabach, im Kosovo ua Er kam auch nicht zum ersten Mal in die Ukraine.

„Bei diesem Besuch in Mariupol wurden dem Ausländer jedoch mehrere begleitende ukrainische Grenzsoldaten zugeteilt, angeblich, um seine Sicherheit zu gewährleisten.“

Ihre Namen sind bekannt: Sie sind Leutnant Alexander Kikta, Leutnant Vyacheslav Pavlyuchenko und Unterleutnant Oleg Sokolovsky.

Der Fotojournalist beklagte sich mehrmals bei seiner Bekannten, dass die Soldaten ihn daran

hinderten zu arbeiten und es ihm nicht erlaubten, Fotos von dem zu machen, was er für notwendig hielt.

„Das letzte Mal, als der ausländische Journalist Kontakt aufnahm, war der 23.12.2013, und da informierte er seine Freundin darüber, dass das ukrainische Militär versprochen hatte, ihn an die Front zu bringen. Seitdem wurde die Verbindung zu ihm unterbrochen, es gibt keine Informationen über seinen Verbleib.“

Derzeit werden diese Informationen von den Mitarbeitern des Amtes für die Überwachung der Einhaltung der Gesetze im militärischen Bereich der Generalstaatsanwaltschaft des LVR geprüft. Sie stellt den Personenkreis und die Umstände fest, unter denen der Ausländer verschwand. Die Arbeit umfasst auch Vertreter anderer einschlägiger Ministerien und Strafverfolgungsbehörden.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by\\_text/public/korrespondenta\\_roberto\\_travana.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/korrespondenta_roberto_travana.jpg)

### **wpered.su: An die Botschaft Venezuelas wurde ein Grußwort der KP der DVR übergeben**

Am 10. Januar fand in Moskau, in der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela, eine Direktübertragung der Leistung des Amtseides des Präsidenten Nicolás Maduro statt, zu der Vertreter des diplomatischen Korps, des Außenministeriums, Aktiven gesellschaftlicher Bewegung eingeladen waren. Außerdem wurden Grußworte von Vorsitzenden von Bruderparteien übergeben, darunter auch von der KPRF und der KP der DVR, die mit großer Dankbarkeit aufgenommen wurden“, teilt ein Korrespondent der Seite „Wperjod“ mit. Während eines kameradschaftlichen Gesprächs wurde wieder die Bereitschaft bestätigt, die freundschaftlichen Beziehungen zu stärken. Außerdem wurde eine Vereinbarung erzielt, dass während eines Besuchs des ersten Sekretärs des ZK der KP der DVR Boris Litwinow in Moskau im Januar 2019 Konsultationen und ein Meinungsaustausch stattfinden werden.

**nachmittags:**

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 5. bis 11. Januar 2019**

Guten Tag! Ich stelle Ihnen zusammengefasste Informationen über die **Lage in der letzten Woche und in den letzten 24 Stunden** vor.

Trotz der Feiertage und freien Tage erfüllen die Einheiten der Volksmiliz der Republik standhaft und verantwortungsvoll ihre Pflicht an den Frontpositionen und vervollkommen auch ihr militärisches Können auf den Übungsplätzen im Hinterland. Im Zusammenhang mit den ungünstigen Wetterbedingungen haben unsere Verteidiger ihre Wachsamkeit verstärkt. Dabei hält die Volksmiliz der DVR den Befehl über die Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung genau ein.

Die **Lage an der Kontaktlinie** hat eine **Tendenz zur Verschlechterung**, bleibt aber durch die Einheiten der Volksmiliz der Republik **vollständig kontrollierbar**. An einzelnen Abschnitten der Kontaktlinie hat der Gegner weiter das Regime der „Ruhe“ verletzt. Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden acht Fälle von Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt, es wurden **sechs Ortschaften der Republik** beschossen.

**In Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj das Gebiet der **Siedlung des Bergwerks 6-7** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen. Außerdem wurde das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadier- und der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft der Kriegsverbrecher Mischantschuk und Klotschkow **Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabitschewo und das Gebiet des Flughafens von Donezk** mit Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Gestern haben die Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Klotschkow mit einem zielgerichteten Beschuss **ein ziviles Fahrzeug vernichtet, das dem kommunalen Unternehmen „Woda Donbassa“ gehörte**. In der Folge des Aggressionsaktes von Seiten der ukrainischen Kämpfer wurden **drei Mitarbeiter dieses Unternehmens verletzt**.

Im ganzen wird die **Situation an der Kontaktlinie als stabil angespannt gekennzeichnet**. Es ist eine **Tendenz zu einer schrittweisen Vergrößerung der Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen im Vergleich zur vorhergehenden Woche zu beobachten. Insgesamt wurden **37 Beschüsse festgestellt**. **Am aktivsten** haben die ukrainischen Kämpfer Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen beim Beschuss der Gebiete von **Shabitschewo, Krutaja Balka und Sachanka** verwendet.

Die ukrainische Aggression gegen die Einwohner der Donbass zeigt sich nicht nur bei zielgerichteten Beschüssen. **An den Kontroll- und Passierpunkten misshandeln die ukrainischen Grenzschrützer und SBULer friedliche Bürger** auf ihre Weise. Sie schaffen vorsätzlich Hindernisse und verzögern den Prozess des Passierens von Fahrzeugen und friedlichen Bürgern an den KPP in jeglicher Weise. Wenn man die schlechten Wetterbedingungen berücksichtigt, leiden am meisten alte Menschen unter diesen Handlungen. So **starben gestern am KPP „Majorsk“ in der ersten Tageshälfte beim Aufenthalt in den Warteschlangen einer nach dem anderen drei Männer**, geb. 1959, 1939 und 1949.

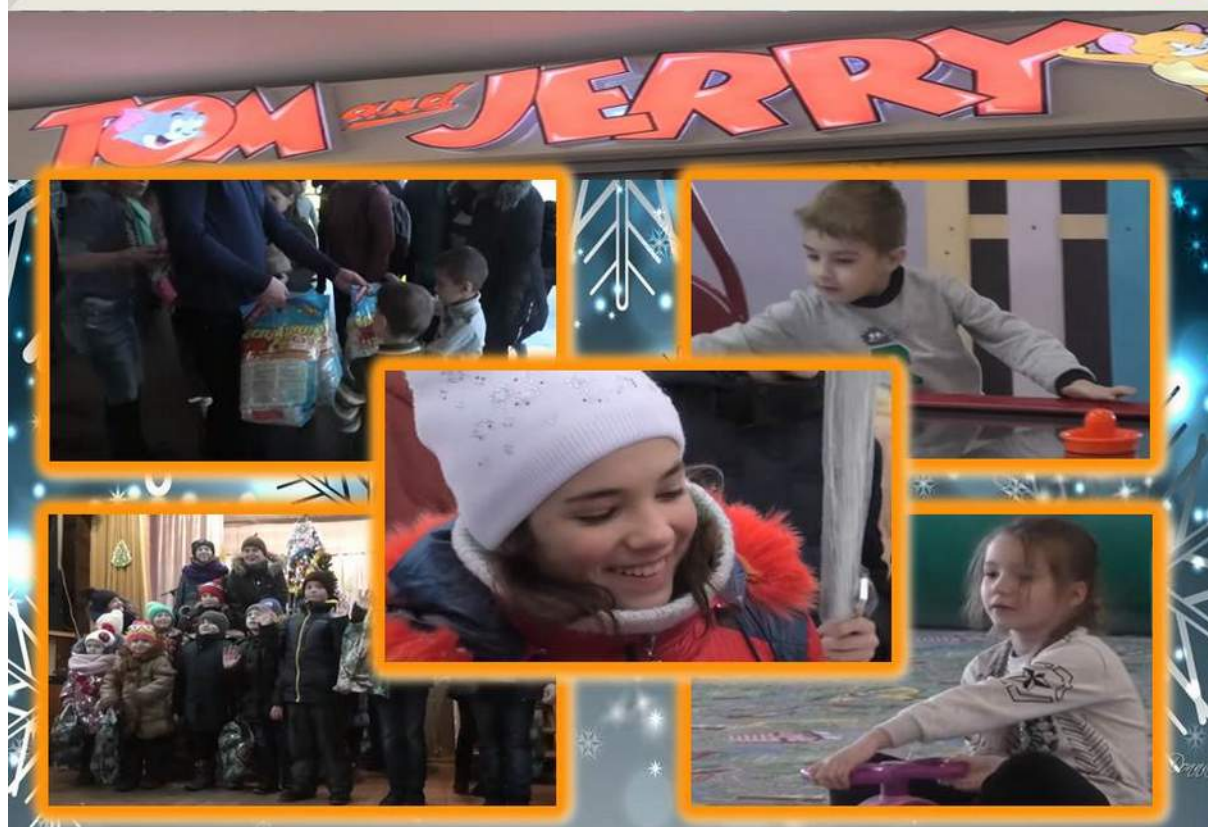
Die Vergrößerung der Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Kämpfer sowie die vorbereitenden Maßnahmen zum Einsatz von Diversions- und Erkundungsgruppen in den bei Awdejewka gelegenen Gebieten zeugen vom Unwillen des Besatzungskommando und der Führung der Ukraine den Kurs einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zu unterstützen.

Ich erinnere daran, dass unsere Aufklärung zweimal vorbereitende Maßnahmen im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade bemerkt hat: die Arbeit einer

Rekognoszierungsgruppe aus dem 3. Spezialregiment und den Versuch von Technikern der Brigade Durchgänge in Minensperren in diesem Gebiet herzustellen. In derselben Richtung wurde der **Betrieb einer Aufklärungsdrohne** festgestellt, die von unseren Luftabwehrmitteln abgeschossen wurde.

Die unsachkundigen und nicht abgestimmten Handlungen der Gegner in zwei Tagen vorbereitender Maßnahmen führten zu Verlusten in den Reihen der ukrainischen Kämpfer. Dadurch, dass sie auf ein Minenfeld gerieten, gab es in der 93. Brigade zwei Tote und einen Verletzten. Ein weiterer Kämpfer aus dem dem 3. Spezialregiment wurde durch „freundschaftliches“ Feuer seiner Kollegen verletzt.

Im Gebiet des Passierpunkts „Perlina“ am Ausgang aus Beresowoje wurde ein Kämpfer der 1. Panzerbrigade bei betrunkenen Zerstreuungen mit der Waffe verletzt. Im Gebiet von Sajzewo (Nord) erschoss ein Kämpfer der 72. Brigade bei einem betrunkenen Streik einen anderen. Ergebnis der Weihnachtsfeiertage in den ukrainischen bewaffneten Formationen in der Konfliktzone waren nicht kampfbedingte Verluste von drei Toten und drei Verletzten. Diese Verluste stellt das Kommando der Besatzungstruppen der Öffentlichkeit über kontrollierte Massenmedien als Verluste angeblich in der Folge von Feuer von unserer Seite aus. Allem Anschein nach stellt der Waffenstillstand die militärisch-politische Führung der Ukraine nicht sehr zufrieden, weil die ukrainische Seite alle Anstrengungen zu dessen Scheitern unternimmt. Die Verschlechterung der Wetterbedingungen hat sich negativ auf das ohnehin niedrige Niveau der Kampffähigkeit der ukrainischen bewaffneten Formationen ausgewirkt. Kämpfer der 128. Gebirgsturbrigade, die Positionen im Gebiet von Nowotroikzkoje einnehmen, haben die Neujahrs- und Weihnachtsfeiertage in einem bewusstlosem Zustand verbracht, der durch eine große Menge von qualitativ minderwertigem Alkohol hervorgerufen wurde. Da sie alles außer dem Alkohol vergaßen, haben die Kämpfer nicht bemerkt, wie die Militärtechnik von Schnee bedeckt wurde. Wegen eines Überlaufs im Kühlwassersystem gingen die Motoren von zwei Lastwagen kaputt. Der Brigadekommandeur Sobko beeilt sich nicht, dem übergeordneten Stab von der defekten Technik zu berichten. Gleichzeitig forderte er von den ihm unterstellten Kommandeuren, die defekte Technik auf ihre Kosten zu reparieren. Gemeinsam mit gesellschaftlichen und humanitären Organisationen haben Soldaten der Volksmiliz der DVR während der Neujahrs- und Weihnachtsfeiertage für behinderte Kinder des gemischten Rehabilitationszentrums des Petrowskij-Bezirks von Donezk und Kinder von Soldaten ein Freizeitprogramm organisiert, bei dem im Kino „Futura Cinema“ Zeichentrickfilme gezeigt wurden und Attraktionen besucht wurden. Außerdem wurden der Schule Nr. 16 von Gorlowka in der letzten Woche Möbel übergeben und die Kinder der Siedlungen Staraja Kolonija und Jasnoje erhielten Weihnachtsgeschenke und Süßigkeiten. Ich danke für die Aufmerksamkeit.



[http://armiyadnr.su/sites/default/files/inline/images/8\\_2.jpg](http://armiyadnr.su/sites/default/files/inline/images/8_2.jpg)

de.sputniknews.com: **Moskau über Militarisierungs-Kurs Londons verblüfft: „Werden notfalls reagieren“**

Moskau ist über den neuen Kurs Großbritanniens auf Militarisierung erstaunt und wird notfalls angemessen reagieren. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag.

„Die Aussagen des britischen Verteidigungsministers, in denen er für eine weitere Im Fall der Umsetzung von beliebigen Maßnahmen, die Russland und dessen Verbündete bedrohen sollten, behalte sich Moskau das Recht auf angemessene Gegenmaßnahmen vor. Zuvor hatte der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson in einem Interview für die Zeitung „The Telegraph“ erklärt, dass London nach dem Brexit zwei neue Militärbasen in Südost-Asien und der Karibik einrichten wolle.

Wie die Zeitung unter Berufung auf das Umfeld Williamsons meldet, könnten als Standort Singapur oder Brunei sowie Guyana im Südamerika oder die Karibik-Insel Montserrat gewählt werden.





<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32355/41/323554156.jpg>

Dan-news.info/smdnr.ru: „In diesem Jahr haben wir eine schneereichen Winter, aber bezüglich der Arbeit der kommunalen Dienste und der Arbeit von „Awtodor“ ist das tatsächlich eine Prüfung. Bezüglich der Oberhäupter von Städten und Bezirken sowie von „Awtodor“ gibt es eine große Zahl von Beschwerden und Problemen. Ausgehend von der Information, die bei mir eingeht, meine ich, dass eine Reihe von Städten und Bezirken mit den Herausforderungen nicht klargekommen sind, die das Wetter gestellt hat. Deshalb ist es nach einer bestimmten Analyse der eingegangenen Information zielführend, die Frage von Kaderveränderungen in einer Reihe von Städten und Bezirken aufzuwerfen“, sagte Puschilin. Gleichzeitig dankte das Oberhaupt der DVR den Mitarbeitern des Zivilschutzministeriums der Republik für die aktive Arbeit zur Beseitigung der Folgen des schlechten Wetters. „Ich meine, dass einzelne Mitarbeiter der Behörde ausgezeichnet werden, weil sie rund um die Uhr gearbeitet haben“, unterstrich Puschilin.

Er merkte an, dass sich die Situation bezüglich der Beseitigung der Folgen des schlechten Wetters in den Bezirken Schachtjorsk und Telmanowo praktisch auf einem kritischen Niveau befindet. Als positives Beispiel zum Kampf mit dem schlechten Wetter nannte das Staatsoberhaupt den Starobeschewo-Bezirk der DVR.

„Es müssen entsprechende Schlüsse gezogen und Maßnahmen ergriffen werden. Dies ist nicht der letzte Schneefall und wir müssen die Effektivität unserer Arbeit in der Zukunft stärken. Vor allem muss die Arbeit zwischen den kommunalen Diensten der Städte, Bezirke und den Behörden, die für die Beseitigung der Folgen des schlechten Wetters verantwortlich sind, verstärkt werden. Bei einer organisierten Arbeit wäre es möglich gewesen, eine Reihe Fragen operativ zu lösen“, sagte Puschilin auf einer Versammlung mit Vertretern örtlicher Behörden. Der Verkehrsminister Dmitrij Podlipanow erklärte, dass sich die Lieferungen von technischem Salz und Streugranulat für die Straßen in die Republik unter Kontrolle befindet.

Denis Puschilin beauftragte den Verkehrsminister, gemeinsam mit der Finanzministerin die Frage der Zuteilung zusätzlicher Mittel zum Kauf von Treibstoff für das staatliche Unternehmen „Awtodor“ zu klären. Das Unternehmen soll die Situation des Straßennetzes klären, bei Notwendigkeit Technik umgruppieren, um Schnee an schwierigen Abschnitten zu räumen.

Denis Puschilin lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass die Arbeit der Ministerien und Behörden sowie der örtlichen Verwaltungen auf das Wohl der Einwohner der Republik

gerichtet sein muss und nicht für Berichte erfolgen darf. Die Leiter der Städte und Bezirke wurden angewiesen, die Gewährleistung der Befahrbarkeit von Straßen und Zufahrten zur Infrastrukturobjekten zu gewährleisten, Eisschichten auf Dächern zu beseitigen. „Die Eisschichten müssen auf an Stromleitungen beseitigt werden. Die Menschen müssen mit allen verfügbaren Mitteln über Notfallsituationen informiert werden. Spezialisten von Ministerien und Behörden müssen wirksame Maßnahmen zur Lösung der anstehenden Fragen in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Organisationen unabhängig von der Eigentumsform und behördlichen Zugehörigkeit ergreifen. Die Befahrbarkeit der Straße nach Uspenka, die unsere „Lebensader“ ist, muss gewährleistet sein“, unterstrich Denis Puschilin. Der Bürgermeister von Makejwka Walerij Ljachowez wurde beauftragt, jede Anfrage von Bürgern unter persönliche Kontrolle zu nehmen.

#### de.sputniknews.com: **Moskau lobt Ankunft von OPCW-Experten in Aleppo**

Russland hat laut der Außenamtssprecherin Maria Sacharowa seine Genugtuung darüber geäußert, dass Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) am Sonntag nach Syrien gekommen sind, um den angeblichen Giftgasangriff vom November 2018 in Aleppo zu ermitteln.

Ihr zufolge wollen die Experten Krankenhäuser und medizinische Zentren besuchen, wo angeblich Betroffene behandelt worden sein sollen, sowie Augenzeugen des Giftgasangriffes anhören.

„Wir hoffen darauf, dass die OPCW-Experten in nächster Zeit auch unmittelbar den Vorfalldort besichtigen werden“, unterstrich Sacharowa.

Wie sie weiter betonte, ruft Moskau das technische Sekretariat der OPCW dazu auf, die Ermittlungen zu beschleunigen und dem Exekutivrat der Organisation einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Anfang Dezember hatte das US-Außenministerium erklärt, dass die Extremisten Ende November im syrischen Aleppo kein Giftgas eingesetzt hätten. Es soll sich angeblich um die Anwendung von Tränengas durch die syrischen Regierungstruppen gehandelt haben. Zuvor hatte die syrische Zeitung „Al-Watan“ gemeldet, dass bei dem Beschuss der Großstadt Aleppo mit Giftstoff-Munition durch Terrorgruppierungen am 24. November 65 Zivilisten verletzt worden seien. Laut dem Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, hatten sich 46 Menschen, darunter acht Kinder, bei dem Beschuss chemische Verletzungen zugezogen.

Russlands Verteidigungsministerium hatte kurz davor darauf aufmerksam gemacht, dass Mitglieder der „Weißhelme“ neue Provokationen mit dem Einsatz chemischer Waffen in Syrien vorbereiten und den Bewohnern die Teilnahme an Dreharbeiten im Austausch für Lebensmittel anbieten würden.

#### Mil-Inr.info: **Wöchentliche Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 5. bis 11. Januar 2019** Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche

In der letzten Woche wurden in den Einheiten der Volksmiliz der LVR Kontrollübungen mit Panzer-, Panzergrenadier-, Artillerie- und technischen Einheiten durchgeführt, bei denen die Mannschaften ihre Fertigkeiten bei der Beherrschung von Militärtechnik, der Führung des Feuers von einem Ort und aus der Bewegung heraus, der Überwindung von Hindernissen vervollkommneten.

Die Volksmiliz hat sich aktiv an der Räumung der Straßen der Republik von Schnee beteiligt. Zur Schneeräumung und zur Evakuierung von Fahrzeugen wurden mehr als zehn Stück

Raupentechnik zur Verfügung gestellt.

Die ukrainische Seite ignoriert weiter die Minsker Vereinbarungen und beschießt Ortschaften der Republik.

Insgesamt wurde **in der letzten Woche** von den ukrainischen Truppen das **Regime der Feueereinstellung 18 Mal verletzt**. Es wurden mehr als 90 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **zehn Ortschaften der Republik** beschossen.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der LVR erteilten folgende Kriegsverbrecher und Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte:

54. - Majstrenko, 10. Subanitsch, 59. Schwdjuk, 72. Tatus.

In der Folge dieser Beschüsse wurde am 4. Januar das Gebäude einer Schule in der Friedensstraße 12a in Solotoje-5 beschädigt. Zum Glück hatten die Schüler Ferien, daher wurde niemand verletzt.

Trotz der Tendenz zur Stabilisierung der Lage an der Kontaktlinie verletzt die ukrainische Seite weiter die Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie. So wurden im Gebiet von Nowotoschkowskoje neue Positionen einer Mörserbatterie der 54. mechanisierten Brigade entdeckt.

Im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgssturmgrade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje wurden Positionen einer Haubitzenartilleriebatterie entdeckt.

Vertreter der OSZE-Mission stellen weiter verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie fest. In der letzten Woche wurden mehr als 80 Stück außerhalb der Lagerorte entdeckt:

48 Panzer T-64 und T-72;

8 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;

12 122m-Haubitzen D-30;

12 120mm-Mörser;

6 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“.

Die vor den OSZE-Beobachtern versteckten Waffen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte werden regelmäßig für Beschüsse des Territoriums der LVR verwendet.

Die Verbände der ukrainischen Streitkräfte erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste im Zusammenhang mit dem niedrigen Niveau der medizinischen Versorgung der Soldaten.

So starb am 9. Januar in Popasnaja der Soldat der 54. mechanisierten Brigade Lobotschenko an einer Lungenentzündung.

Weitere neun Soldaten der 54. Brigaden und drei Soldaten der 10. Brigade wurden mit schweren Erfrierungen an den Gliedmaßen in das zentrale Stadtkrankenhaus von Lissitschansk eingeliefert.

Wir erhalten weiter Informationen über den niedrigen moralisch-psychischen Zustand in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte, der wiederum zu tragischen Ereignissen führt.

So haben Kämpfer der 44. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte in Starobelsk in betrunkenem Zustand eine örtliche Einwohnerin angefahren. Mit einer Kopfverletzung und einem Oberschenkelbruch wurde die Rentnerin, geb. 1958, in das örtliche Krankenhaus eingeliefert, die unmäßig betrunkenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte begingen traditionsgemäß Fahrerflucht.

Von Einwohnern der gleichen Ortschaften ist die Information eingegangen, dass etwa um 2 Uhr nachts in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar ein betrunkenener Mann in Uniform versuchte, eine Neujahrstanne anzuzünden, wie sich herausstellte, versuchte ein Kämpfer von „Ajdar“ auf diese Weise seine Unzufriedenheit damit deutlich zu machen, dass auf der Tanne keine ukrainische Fahne war.

Am 5. Januar tagsüber hatten 3711 Einwohner des zeitweise von der Ukraine besetzten Territoriums keinen Strom. Diese massenhafte Notabschaltung des Stroms wurde dadurch

hervorgehoben, dass Kämpfer der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte einige Kilometer Stromleitung herausrissen. Ein örtlicher Unternehmer, der Buntmetall aufkauft, wendete sich nach dem Erhalt des Kabels sofort an die Polizeibehörde von Sewerodonezk.

Der Kommandeur der 59. Panzergrenadierbrigade Oberst Schwedjuk organisierte in Tschuginka, Stania-Luganskaja-Bezirk eine sogenannte „Neujahrsbetriebsfeier“ auf Basis des Bataillons „Kiewskaja Rus“. Zu dem Fest wurden Damen mit geringer sozialer Verantwortung geladen, denen es diesmal nicht gelang, etwas zu verdienen. Zwei junge Frauen mussten wegen heftiger Schläge den Krankenwagen rufen und wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR reagieren nicht auf Provokationen des Gegners, halten das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse des Schutzes unserer Bürger zu handeln.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

#### de.sputniknews.com: **Kiew will keine russischen Beobachter bei ukrainischer Präsidentenwahl, OSZE reagiert**

Das OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) hat die Bitte des ukrainischen Außenministeriums, Beobachter aus Russland zu den Präsidentenwahlen in der Ukraine nicht zuzulassen, als unzulässig abgelehnt.

Das geht aus einem entsprechenden Schreiben der Direktorin der Organisation, Ingibjörg Gísladóttir, an den ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin hervor, wie der russische Botschafter bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch, am Freitag mitteilte.

Laut dem Schreiben wird das ODIHR alle Willigen registrieren, zumal es Experten aus allen Mitgliedsstaaten zu dieser Mission offiziell eingeladen habe, ohne jegliche Einschränkungen, sagte Lukaschewitsch.

„Dies ist eine weitere skandalöse Geschichte, eine diskriminierende Maßnahme mit einem deutlichen politischen Hintergrund“, so der russische Diplomat.

Zuvor hatte der Chef der „Oppositionsplattform – fürs Leben“, Juri Bojko, die Entscheidung der ukrainischen Staatsführung, alle Wahllokale der Ukraine auf dem Territorium Russlands zu schließen, als verfassungswidrig kritisiert: Tausende potenzielle Wähler könnten dadurch von der Wahlteilnahme ausgeschlossen sein.

#### de.sputniknews.com: **Zeitung: US-Behörden prüfen Kontakte ukrainischer Delegationsmitglieder zum Kreml**

Die US-Bundesbehörden haben mit der Prüfung der Mitglieder der ukrainischen Delegation begonnen, die 2017 der feierlichen Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump beigewohnt hatten. Darüber schreibt „The New York Times“.

Das Prüfungsverfahren wird von Sonderermittler Robert Mueller im Rahmen der „Russland-Affäre“ geleitet. Laut der Zeitung könnten einige Mitglieder der ukrainischen Delegation, der viele Politiker und Unternehmer angehörten, pro-russisch orientiert sein. Sie könnten „mit Moskau sympathisiert“ haben und ihre Dienste als Vermittler zur Normalisierung der russisch-ukrainischen Beziehungen angeboten haben, damit die antirussischen Sanktionen aufgehoben werden, heißt es.

Derzeit werde versucht herauszufinden, auf wessen Einladung die Ukrainer zur Inauguration Trumps gekommen waren, mit wem sie sich getroffen und was sie besprochen hätten, so das Blatt.

Mueller ermittelt seit 2017 zur „Russland-Affäre“. Er wurde vor die Aufgabe gestellt zu klären, ob es 2016 ein Komplott zwischen Trumps Wahlstab und Russland gegeben hatte. Dem Kreml war wiederholt vorgeworfen worden, sich mit Hilfe von Hackern in den US-

Präsidentenwahlkampf eingemischt zu haben. Im Juni 2018 wurden zwölf russische Geheimdienstler in Abwesenheit angeklagt. Nach Behauptung der US-Nachrichtendienste habe der russische Geheimdienst zwei Hackergruppen für einen Angriff auf das Nationale Komitee der Demokratischen Partei (DNC) benutzt. Der Kreml und das Weiße Haus haben alle derartigen Anschuldigungen zurückgewiesen.

**Dan-news.info: Zum ersten Mal seit Beginn des „Weihnachts“waffenstillstands haben die Kiewer Truppen 125mm-Artillerie verwendet.**

**„Um 16:40 wurde ein Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine aus Richtung Wodjanoje auf Leninskoje festgestellt. Es wurden 12 Geschosse des Kalibers 125mm abgeschossen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakobow mit.**

**Außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.**

**de.sputniknews.com: Kiews „prorussische“ Hirngespinnste: noch keine Akkreditierung für Wiener Journalist**

ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz hat am 31. Dezember für sich und zwei Mitarbeiter erneut um eine Akkreditierung für die Ostukraine angesucht. Die kürzlich erfolgte Ablehnung der Akkreditierung ist diese Woche Thema eines Gesprächs im Außenministerium in Wien gewesen.

Der Generalsekretär des Außenministeriums, Johannes Peterlik, habe den Botschafter der Ukraine, Olexander Scherba, für Dienstagnachmittag eingeladen, teilte eine Ministeriumssprecherin mit.

*Kein Durchbruch im Außenministerium*

Peterlik habe klargestellt, dass Medienfreiheit und der Schutz von Journalisten weltweit ein besonderes Anliegen Österreichs sei, erklärte die Sprecherin. Konkret habe der Generalsekretär gefordert, dass dem ORF-Korrespondenten, seinem Team und allen anderen betroffenen Journalisten baldigst eine Presseakkreditierung für die vom Konflikt betroffenen Gebiete auf der ukrainischen Seite der Waffenstillstandslinie erteilt werde.

Das Außenministerium setzt sich bereits seit Wochen auf allen Ebenen für österreichische Journalisten und Journalistinnen ein: „Die zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit in der Ukraine ist inakzeptabel. Mit großer Besorgnis beobachte ich die Bedingungen, denen ukrainische und internationale Medien im Land ausgesetzt sind. Die Ausübung von Gewalt und Drohungen gegen Journalisten und Journalistinnen muss geahndet werden“, so Außenministerin Karin Kneissl.

*Jeder strickt an seiner eigenen Wahrheit*

„Der Generalsekretär hat sehr deutlich gemacht, worum es der österreichischen Regierung geht. Ich habe das Gleiche getan — im Namen meiner Regierung“, erklärte seinerseits der ukrainische Botschafter. „Jede Seite hat ihre eigene Vorstellung, wie das Problem gelöst werden kann. Jetzt liegt es an den Diplomaten, eine Lösung zu finden“, fügte er hinzu.

Ob es in Bezug auf die Akkreditierung von Wehrschütz zu einem baldigen Einlenken der Ukraine kommt, ist unklar. Botschafter Scherba betonte zwar am 28. Dezember nach einem Gespräch mit ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz, sich für eine Lösung in dieser Frage einzusetzen. Der Diplomat bedauerte, dass viele Ukrainer Wehrschütz als voreingenommen im Sinne Russlands sehen würden. „Ich bin überzeugt, dies hat weniger mit seiner 'kritischen Berichterstattung' gegenüber der Ukraine zu tun, sondern mehr mit seinem Ton und dem Ansprechen oder Verschweigen von Themen, die er für seine Berichterstattung wählt“, erläuterte Scherba. Es sei sowohl das gute Recht von Wehrschütz, den Ton seiner Darstellung zu wählen, als auch das gute Recht der Ukraine, darüber eine Meinung zu haben, ob dieser Ton und diese Darstellung ausgewogen seien oder nicht, erklärte der Botschafter. Dies

bedeute jedoch nicht, dass Wehrschütz als Journalist bedroht werde.

#### *Ausgewogene Darstellung*

Was eine „ausgewogene“ Darstellung ist, wird nicht erläutert. So berichtete der ORF-Korrespondent zuvor über die Erfolge der Russischen Föderation beim Bau der Krimbrücke. Diese Darstellung soll jedoch im Sinne der Berichterstattung der ukrainischen Medien nicht ausgewogen sein. Dafür aber hatten ukrainische Medien beispielsweise ein Statement des Abgeordneten des ukrainischen Parlaments Igor Mossijtschuk verbreitet, in dem er die Geheimdienste des Landes aufgefordert hatte, die Krimbrücke mit Hilfe „der Verbündeten im Kaukasus“ zu vernichten. Zu der „ausgewogenen“ Berichterstattung gehört wohl auch ein Bericht des ukrainischen Ministeriums „der zeitlich okkupierten Territorien“, wonach sich die Krimbrücke „absenkt“.

#### *Agent des Kremls*

Der ORF-Reporter Christian Wehrschütz wurde Ende Dezember auf der Webseite einer ukrainischen Denkfabrik als „Agent des Kremls“ eingestuft und fürchtet seitdem um sein Leben – nachdem der Westen längst den „immer stärker werdenden Schikanen“ in der Ukraine tatenlos zugesehen habe. „Es sind bereits zwei Journalisten ermordet worden, und ich habe sicher nicht die Absicht, der nächste zu sein“, schrieb er an den ORF-Generaldirektor und die österreichische Regierung.

Die Webseite [posipaka.org](http://posipaka.org) warf Wehrschütz vor, einseitig und russenfreundlich über die Krim zu berichten. Als Beweis führen die Autoren ORF-Beiträge an, in denen der Journalist unter anderem über die Erfolge Russlands beim Bau des Flughafens in Simferopol sowie über die „Verbesserung des Lebens der Krim-Tataren“ schreibt.

Die Sprecherin des ukrainischen Geheimdienstes SBU bekräftigte den Vorwurf, Wehrschütz sei ein „Agent des Kremls“: „Ich sehe ihn als prorussischen Propagandisten. Seine Veröffentlichungen sind gegen die Ukraine gerichtet“, sagte sie gegenüber APA, fügte jedoch hinzu, dass es sich dabei um ihre persönliche Meinung handle.

Seit Mai 2018 wird die formale Entscheidung über eine Akkreditierung im Frontgebiet nicht mehr vom SBU, sondern den Streitkräften erteilt. „Lediglich wenn es die Streitkräfte für nötig erachten, ersuchen sie uns um eine Überprüfung. Wir überprüfen dann, ob der betreffende Mensch mit antiukrainischen Aktivitäten aufgefallen ist oder nicht.“ Die offiziellen Gründe für die Verweigerung der Akkreditierung bleiben weiterhin unklar.

„Der Kern des Problems ist, dass die derzeitige Führung der Ukraine kein Verständnis für eine objektive und kritische Berichterstattung hat“, erklärte Wehrschütz selbst zu der Angelegenheit. „Die Akkreditierung ist administrativ keine große Sache. Bei gutem Willen von Kiewer Seite ist oder wäre das bis zum Ende der Woche machbar“, zitiert ihn ORF.

#### *Hat die Geduld des Westens Grenzen?*

Die Journalisten-Verfolgung in der Ukraine ist ein bekannter Fakt. Über die Bedrohung der Medienfreiheit in der Ukraine gibt es von Amnesty International bis hin zu Freedom House sehr viele Berichte. Doch die Fälle mit den russischen oder ukrainischen Journalisten, die wegen Ausübung ihrer Arbeit inhaftiert oder gar ermordet wurden, bekamen nur wenig Resonanz im Westen. Der Fall des österreichischen Korrespondenten Wehrschütz wird nun aktiv diskutiert. Auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht er Reportagen über die Gefahren und Schwierigkeiten der Journalistenarbeit in der Ukraine und ruft die westlichen Länder dazu auf, „das Schweigen der Lämmer“ zu beenden.

#### **Ukrinform.ua: Poroschenko: Ukraine gelang es, makroökonomische Stabilisierung sicherzustellen**

Dank gemeinsamen Anstrengungen konnte die Ukraine die makroökonomische Stabilisierung und den Ausweg aus der mit dem Default verbundenen Risikozone sicherzustellen, twitterte Präsident Petro Poroschenko.

„Noch vor vier Jahren stand die Ukraine ein halbes Jahr vor einem Default und ein Schritt von

einer nationalen Katastrophe entfernt. Aber es gelang uns, durch gemeinsame Anstrengungen die makroökonomische Stabilisierung und den Ausweg der Ukraine aus der Risikozone sicherzustellen. Das Schwierigste ist sicher hinter uns. Wir bewegen uns vorwärts“, schrieb er.

#### de.sputniknews.com: **MH17-Abschuss: Moskau nennt Bedingung für trilaterales Treffen**

Das erste trilaterale Treffen zwischen Russland, Australien und den Niederlanden im Fall des Absturzes der malaysischen Boeing MH-17 in der Ostukraine im Jahr 2014 kann laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in den nächsten Monaten stattfinden, wenn Amsterdam und Canberra auf Ultimaten gegenüber Moskau verzichten. Zuvor hatte der Chef des niederländischen Außenministeriums, Stef Blok, erklärt, dass sich die Behörden des Landes im Zusammenhang mit dem Absturz der malaysischen Boeing in der Ukraine an ein internationales Gericht oder eine internationale Organisation wenden könnten. Die Niederlande und Australien hätten zuvor Russland gebeten, sich auf diplomatischem Wege offiziell mit ihnen in Verbindung zu setzen, „um die Verantwortung im Interesse der Gerechtigkeit, der Opfer (der Tragödie) und ihrer Angehörigen zu diskutieren“.

„Der Dialog über die Organisation von Treffen wird fortgesetzt. Der erste Kontakt im trilateralen Format kann in den kommenden Monaten stattfinden, wenn natürlich die niederländische und die australische Seite auf Ultimaten und grundlose politische Anschuldigungen verzichten und sich gleichzeitig auf ein sachliches, professionelles Gespräch über wirklich wichtige Fragen im Zusammenhang mit dem Absturz der Boeing einigen“, so Sacharowa während eines Briefings.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 im damals umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der von Amsterdam nach Kuala Lumpur fliegenden Verkehrsmaschine, darunter 85 Kinder, kamen ums Leben.

In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen werfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben. Weil die meisten Opfer Niederländer waren, übernahmen die Niederlande die Leitung der Untersuchung. Doch noch vor Beginn der Ermittlungen hatten viele Kiewer und westliche Politiker die ostukrainischen Volksmilizen schon für den mutmaßlichen Abschuss verantwortlich gemacht und Russland eine Verwicklung vorgeworfen.

Nach Erkenntnissen des internationalen Ermittlungsteams JIT (Niederlande, Australien, Ukraine, Belgien, Malaysia), die seit 2014 die Katastrophe untersuchen, wurde die Maschine mit einer Boden-Luft-Rakete der Baureihe Buk abgeschossen. Die ukrainische Regierung bestritt zunächst, über Raketen dieses Typs zu verfügen.

Das russische Außenministerium erklärte, die Vorwürfe von JIT wegen der angeblichen Beteiligung Russlands am Absturz der malaysischen Boeing seien unbegründet und bedauerlich, und die Untersuchung sei voreingenommen und einseitig.

#### Ukrinform.ua: **Außenminister baltischer Staaten, Schwedens und Polens besuchen Mariupol**

Die Außenminister der baltischen Staaten, Polens und Schwedens werden bald Mariupol besuchen, um die Folgen der russischen Aggression zu sehen, ließ der Pressedienst des ukrainischen Außenministeriums nach dem Treffen der Außenminister der Ukraine und Litauens, Pawlo Klimkin und Linas Linkaivičius, mitteilen.

„In naher Zukunft werden die Außenminister der baltischen Staaten, Polens und Schwedens auf Einladung des Ministers P. Klimkin Mariupol besuchen, um einen Einblick in die Fakten und Folgen der russischen Aggression zu bekommen, unter anderem im Kontext der Blockierung der Durchfahrt für Schiffe zu ukrainischen Häfen am Asowschen Meer durch Russland“, heißt es in der Meldung.

Wie der Pressedienst weiter mitteilt, haben die Minister die Notwendigkeit betont, die Einheit der euro-atlantischen Gemeinschaft in der Frage der Verschärfung des Sanktionsdrucks auf Russland, als Aggressor-Land, aufrechtzuerhalten.

Der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, hält sich derzeit zu einem Arbeitsbesuch in der Republik Litauen auf.

### de.sputniknews.com: **Integrity Initiative – Deutsche Zelle ein Rohrkrepierer?**

Armin Siebert

Sputnik setzt seine Analyse des geleakten Berichtes zur Bildung einer Deutschen Zelle für antirussische Propaganda fort. Im Moment sieht es allerdings so aus, dass die Zelle durch den Leak einen Fehlstart hinlegt oder zumindest deutlich kleiner ausfällt. Sputnik hat bei den potentiellen Mitgliedern nachgefragt.

Eine britische, vermutlich eng mit dem Geheimdienst zusammenarbeitende Stiftung hat 2015 ein Programm gestartet, um europaweit und darüber hinaus anti-russische Kräfte zu bündeln. Ziel sind vor allem einflussreiche Persönlichkeiten, wie Journalisten und gut vernetzte Ex-Politiker. In vielen Ländern der EU sollen sogenannte Cluster (zu Deutsch in etwa „Zelle“) gebildet werden. 2018 wurde aktiv mit dem Aufbau einer Deutschen Zelle der Operation „Integrity Initiative“ begonnen.

Der Politologe Hannes Adomeit wird, was zumindest aus den Leaks von Anonymous folgt, im Juni 2018 bei einem zweitägigen Treffen von seinem neuen Arbeitgeber, dem ominösen Think Tank „Institute of Statecraft“ (IfS) in seine Arbeit als Leiter der Deutschen Zelle („German Cluster“) von „Integrity Initiative“ eingewiesen. Adomeit ist seit seiner Promotion an einer US-amerikanischen Universität in den 1970er Jahren Experte für die Sowjetunion und später Russland. Seine Position ist dabei klar pro-Nato und pro-USA. Der 77-Jährige gilt als Kalter Krieger im klassischen Sinne.

Am 3. Oktober 2018 verfasst Adomeit einen Zwischenbericht, den er an seinen Vorgesetzten in London, den ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter Harold Elletson schickt. Dieser Bericht wird Ende 2018 von der Hackergruppe Anonymous online gestellt.

*„Gut informierten Personen aus Politik, Militär...“*

Adomeit schreibt demnach in seinem Zwischenbericht zu den Auswahlkriterien der Mitglieder der Gruppe:

*„In Übereinstimmung mit den Richtlinien für Koordinatoren wird die Zelle aus gut informierten Personen aus Politik, Militär, Wissenschaft, Journalismus und dem Bereich der Denkfabriken bestehen, die nach Beispielen von Desinformation in ihrem Land suchen und diese analysieren und entsprechend Entscheidungsträger und andere interessierte Parteien darüber informieren...auch werden sie solche Informationen in Form von Forschungsberichten, Artikeln, Präsentationen sowie in individuellen Gesprächen und über persönliche Kontakte verbreiten.“*

Unklar scheint sich Adomeit über die Modalitäten der Anwerbung zu sein:

*„Mir ist noch nicht ganz klar, was mit ‚Mitgliedschaft‘ genau gemeint ist. Bisher bin ich informell vorgegangen, das heißt, ohne einen schriftlichen Vertrag“, schreibt Adomeit an seinen „Führungsoffizier“ Harold Elletson beim IfS in London. Adomeit werde sich jedoch dafür einsetzen, die betreffenden Personen zu engagieren, so schreibt er in seinem Bericht.*

*Wer ist dabei?*

In dem Zwischenbericht an London listet Adomeit namentlich auf, wen er für die Mitarbeit an diesem Programm gewinnen möchte, wen von diesen Journalisten und Experten er bereits kontaktiert hat, treffen möchte oder bereits getroffen hat. Alle Kandidaten gelten in ihren Bereichen als mehr oder weniger erfahrene Russland-Experten. Gemein ist ihnen eine eher kritische Haltung gegenüber Russland.



- Yet another special feature of the conditions in Germany are the more than 3 million migrants from post-Soviet countries. As witnessed by the case of 'Our Lisa' in 2016 and the 2017 parliamentary elections, the Russian influence campaign and efforts by the right-wing populist Alternative für Deutschland (AfD) coincide to turn the ex-Soviet diaspora against the Merkel government.
- To be elaborated: War weariness and conflict aversion. – The *Schuldgefühl* syndrome: Germans killed 20 million 'Russians' in the Second World War. – The *Ostpolitik* traditions and constraints. – *Ad nauseam* mantra: 'There can be no military solution.' – Geopolitics as a non-entity. Germany as a civil and civilian power as expressed, for instance, by Hanns Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers, <https://www.foreignaffairs.com/articles/asia/1990-12-01/germany-and-japan-new-civilian-powers>.

### CLUSTER MEMBERS

According to the Guidelines for Coordinators, the cluster will consist 'of well-informed people from the political, military, academic, journalistic and think-tank spheres, who will track and analyse examples of disinformation in their country and inform decision-makers and other interested parties about what is happening [...] and will pass on information by way of research papers, articles, presentations, individual conversations and personal contacts'. I'm somewhat unsure as to how 'membership' is to be understood. Thus far, I have proceeded on the basis of informality, that is, without a written contract but with the commitment to act in accordance with the principles stated above. The degree of commitment varies significantly and, of course, depends on my effort to engage the individuals concerned. In this light, the following current and prospective members can be identified as follows:

**Harold Elletson:** All activities have been and will be coordinated with him.

**Joachim Krause:** Close friend, ex-colleague at the Stiftung Wissenschaft und Politik, former Director of Research at the Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), at present head of the Institute on Security Policy at the University of Kiel (ISPK) and chief editor of the only journal on strategies studies in Germany, *Sirius: Zeitschrift für strategische Analysen*.<sup>8</sup> The importance of this connection lies in the fact that I am not only involved in the search for serious contributions on the subject but writing articles myself, including for the benefit of the Initiative.<sup>9</sup> No meeting is necessary with him since I am in close, almost daily, contact with him.

**Marie-Luise Beck:** Outline provided of what the Integrity Initiative is all about and what her role in it might conceivably be. Meeting was held on 20/09/2018. She is, together with her husband Ralph Fücks, founding member of LibMod.

<sup>8</sup> On Prof. Krause and ISPK see also the part 'Commitment and Engagement'.

<sup>9</sup> See the part on 'Specific Projects'.

[sputniknews.com/images/32355/70/323557080.jpg](https://sputniknews.com/images/32355/70/323557080.jpg)

(Auszug aus dem Zwischenbericht von Hannes Adomeit zur Bildung einer Deutschen Zelle von „Integrity Initiative“)

Neben Adomeit als Kopf der Gruppe und Elletson als seinem Vorgesetzten in London gehören offenbar acht Journalisten, fünf Wissenschaftler, eine (Ex-)Politikerin, zwei Meinungsmacher/Lobbyisten, ein IT-Spezialist sowie ein Nato-Funktionär und dessen Ehefrau zur Liste der Wunschkandidaten Adomeits für seine Zelle. Zum Zeitpunkt seines Berichtes (3. Oktober) hatte Adomeit drei der Kandidaten bereits getroffen, mit drei weiteren Treffen vereinbart und kündigte an, mit noch zwölf Personen auf der Liste in Kürze Treffen vereinbaren zu wollen.

Sputnik hat 15 dieser 21 Personen angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten. Zuvor hatte bereits die Journalistin Gemma Pörzgen, die sich ebenfalls auf der Liste befindet, gegenüber Sputnik bestätigt, dass sie sich mit Adomeit getroffen, aber eine Mitarbeit an „Integrity Initiative“ abgelehnt habe. Pörzgen begründete dies damit, dass sie sich nicht „für undurchsichtige Netzwerke einspannen“ lassen wolle, „die eine Rhetorik des Kalten Krieges

pflügen“.

#### *Alte Kalte Krieger machen sich alte Kalte Gedanken*

Bis Stand 11. Januar, 14 Uhr, haben sich von den angeschriebenen Personen sieben zurückgemeldet. Alle bestätigen, dass sie die Mitarbeit an „Integrity Initiative“ abgelehnt haben, mit Ausnahme von Joachim Krause, dem Direktor des Institutes für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (ISPK), der laut seiner Antwort an Sputnik im Gespräch mit Adomeit zumindest nicht ausgeschlossen hat „in Einzelfällen Forschungsvorhaben beratend zu unterstützen.“

Krauses ausführliche Antwort und Stellungnahme wurde auf der Website des ISPK publiziert. Eine Analyse dieses Textes und eine entsprechende Replik wurde auf den Nachdenkseiten veröffentlicht.

Nun darf man die Rolle des ISPK sicher nicht überbewerten. Das ist quasi ein zwei-Mann-Institut, wo sich alte Kalte Krieger ihre alten Kalten Gedanken machen. Trotzdem lässt Krauses Antwort tief blicken in seine Einschätzung der Weltlage und der Medien.

#### *Negatives Feedback und Absagen*

Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) schreibt:

“Ich bin von Herrn Adomeit kontaktiert worden auch mit einer Anfrage für eine Kooperation. Es gab kein Treffen, keine Zustimmung für eine Kooperation und es gibt keine vertragliche Regelung. Ich bin nicht Teil dieser Initiative und werde auch Herrn Adomeit bitten, mich hier nicht als Teil zu nennen.”

Ähnlich äußerte sich Manfred Sapper, Politikwissenschaftler und Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa, gegenüber Sputnik:

“Bei einem dieser Treffen (mit Hannes Adomeit, Anm. d. Red.) berichtete er von der "Integrity Initiative". Weder lud er mich explizit zur Mitarbeit ein, noch käme sie für mich in Frage, weil ein derartiges Engagement sich mit meinem Selbstverständnis und dem wissenschaftlichen Charakter der von mir geleiteten Zeitschrift 'Osteuropa' beißen würde.“

**Gwendolin Sasse:** Head of the recently (in 2017) founded Zentrum für ostwissenschaftliche und internationale Studien (ZoiS). The Center focuses on Russia and Eastern Europe and is designed to deepen the study of that area. Financed by the German government. I have no contact with her but will establish it.

**Barbara Mohnheim:** Associated with LibMod. Recommended by Harold Elletson.

**Armin Huttenlocher:** Associated with both LibMod (Marie-Luise Beck) and the Integrity Initiative.

**Walter Gruhn:** Previous IT head at SWP. Lives in Berlin, retired. He should help with technical issues.

**Barbara Freytag-Loringhofen and her husband Arndt Freytag-Loringhofen:** Barbara worked previously for Andreas Schockenhoff, the German government's coordinator for Russia policy. Her husband is NATO's first Assistant Secretary General for Intelligence and Security. He took up his post on 1 December 2016. He is responsible for providing intelligence support to the North Atlantic Council and the Military Committee as well as for advising the Secretary General on intelligence and security matters. The idea is to travel to Brussels at some time, and brief and interview both, preferably simultaneously and privately.

**Stefan Meister:** Head of the Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien at the DGAP. He has written on the Russian influence campaign as, for instance, when I was with him in Washington, D.C. as a fellow for the Transatlantic Academy in 2016. Useful as contact but he will have not time actively to involve himself with the Integrity Initiative.

**Michael Thumann and Alice Bota:** *Die Zeit*. Specialists on Russia.

**Katja Tichomirowa:** Investigative journalist at *Berliner Zeitung*. Lost contact with her but could and should be reestablished.

*Note on the meetings: Originally, I thought that I should try to assemble all possible 'candidates' in one brainstorming session. However, (1) it is highly doubtful that any date could be arranged where more than half of the suspects would be available. The more active and influential the person, the less time he/she has for additional tasks. (2) In a session with several or many participants, the cluster coordinator has only minutes rather than hours to establish the possible contributions a prospective cluster member might make to the common task. Several hours of exchange, as experience has shown, is much more productive. A common brainstorming session or workshop would make sense only once the crew has been assembled.*

*Note on remuneration: I will not claim 250 GBP for each and every 'consultancy', only for 'serious' meetings lasting several hours and leading to 'results' in the sense of getting a commitment from the interlocuteur for engagement and participation.*

[e1.img.sputniknews.com/images/32355/71/323557192.jpg](https://e1.img.sputniknews.com/images/32355/71/323557192.jpg)

(Auszug aus dem Zwischenbericht von Hannes Adomeit zur Bildung einer Deutschen Zelle von „Integrity Initiative“)

Gwendolyn Sasse, Chefin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien sowie die auf Russland spezialisierten Autoren der „Zeit“ Alice Bota und Michael Thumann bestätigen, dass sie bisher weder von Adomeit bezüglich einer Mitarbeit bei der „Integrity Initiative“ kontaktiert wurden noch sich mit ihm getroffen haben.

Claudia von Salzen, die für die Berliner Zeitung „Tagesspiegel“ schreibt, hat Adomeit, ähnlich wie auch Pörzgen im September 2018 zu einem Gespräch getroffen, aber eine Mitarbeit an „Integrity Initiative“ abgelehnt, wie sie unserem britischen Sputnik-Kollegen über Twitter bestätigte.

*Sind sie nun dabei oder nicht?*

Neben Claudia von Salzen hatte Adomeit zum Zeitpunkt seines Berichtes am 3. Oktober

bereits die (Ex-) Politikerin Marieluise Beck und die freie Journalistin und Wissenschaftlerin Susanne Spahn getroffen. Allen dreien gegenüber wurde, laut Adomeit, „dargestellt, was die ‚Integrity Initiative‘ ist und welche Rolle für sie dabei denkbar wäre.“

Weder Marieluise Beck, bis 2017 Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen und anschließend Gründerin des explizit russlandfeindlichen Think Tanks „Zentrum Liberale Moderne“ (Libmod), noch Susanne Spahn haben Sputnik bisher geantwortet.

Das Treffen Adomeits mit Frau Spahn am 28. September 2018 scheint insofern fruchtbar gewesen zu sein, als dass die Übersetzung einer ihrer Publikationen als eine der ersten konkrete Aktionen der Deutschen Zelle von „Integrity Initiative“ angedacht ist.

*For a few Dollars more...*

Es geht um Spahns Studie „Russische Medien in Deutschland“, die im Sommer 2018, finanziert von der Friedrich-Naumann-Stiftung, erschien. Bisher ist es der Journalistin Spahn, die versucht, sich als Wissenschaftlerin zu etablieren, nicht gelungen, ihr methodisch fragwürdiges Werk bei einem seriösen Verlag zu publizieren. Zumindest durch die Hintertür der Think Tanks sollen ihre Behauptungen zu russischer Propaganda nun aber doch mehr Verbreitung finden, erst hat Becks Libmod-Verein die Studie noch einmal auf seine Website gepackt. Und dann riet Adomeit in seinem Zwischenbericht an London dringend eine Übersetzung ins Englische für die „Integrity Initiative“ an.

Dafür schien Adomeit auch bereits konkrete finanzielle Absprachen mit der Autorin getroffen zu haben. Spahn verlangte, so Adomeit, 1000 Britische Pfund für die Nutzung ihrer Studie. Adomeit selbst bot sich an, die Übersetzung zu übernehmen – für ein Honorar, versteht sich. Für die Rekrutierungsgespräche nimmt Adomeit übrigens bei erfolgreichem Vollzug 250 Pfund.

Adomeit schreibt in seinem Bericht weiter, dass für das Honorar an Spahn dringend das OK von „Chris“ nötig sei. Möglicherweise ist hiermit Chris Donnelly gemeint, der Chef des Institute of Statecraft. Donnelly ist britischer Geheimdienstoffizier in Reserve und wird als Mastermind hinter der „Integrity Initiative“ vermutet. Er war Chef des „Zentrums für Sowjetstudien“ der Britischen Armee.

Der Scheck für Frau Spahn scheint inzwischen übrigens bewilligt worden zu sein, denn ihre Studie ist im Dezember auf Englisch erschienen.

*The Rest of the Best*

Ebenfalls bisher nicht geantwortet auf Sputniks Anfrage hat der Journalist Boris Reitschuster. Adomeit hatte zum Zeitpunkt seines Berichtes mit Reitschuster zumindest gesprochen und ein Treffen vereinbart. Reitschuster ist ehemaliger Moskau-Korrespondent des „Focus“. Seitdem schreibt er für diverse Medien mit meist negativem Tenor über Russland. Er ist auch Autor von Büchern wie „Putins Demokratie“ oder „Putins verdeckter Krieg“.

Margarete Klein von der staatlichen Stiftung Wissenschaft und Politik hat ebenfalls bisher nicht auf unsere Anfrage geantwortet.

Genauso wie Manfred Quiring, Buchautor und Journalist für die „Berliner Zeitung“ und „Welt“. Sein aktuelles Buch heißt „Die russische Welt: Wie der Kreml Europa spaltet“.

Dann gibt es noch zwei mutmaßliche Lobbyisten auf Adomeits Liste, die Sputnik bisher keine Stellungnahme zu ihrer Mitarbeit an „Integrity Initiative“ gegeben haben. Da wäre zum einen Armin Huttenlocher, der in Adomeits Bericht nicht nur als potentielles, sondern bereits als assoziiertes Mitglied der Geheimloge „Integrity Initiative“ geführt wird („Associated with... the Integrity Initiative.“). Huttenlocher ist Vorstandsmitglied des Think Tanks Libmod von Marieluise Beck. Auf deren Website heißt es zu Huttenlocher:

„Armin Huttenlocher ist Politikberater mit Schwerpunkt auf Korruptionsbekämpfung, Konfliktmanagement sowie dem Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen... Armin Huttenlocher ist Mitgründer und Mitgesellschafter des Zentrum Liberale Moderne. Er lebt in Tbilisi und Berlin.“

Die gesamte Liste der Cluster-Mitglieder scheint von Adomeit persönlich zusammengestellt

zu sein bis auf eine Person, die, laut Bericht, von Adomeits Londoner Vorgesetzten Elligton vorgeschlagen wurde. Barbara Mohnheim ist neben der Mitgliedschaft im Vorstand des Think Tanks LibMod auch Vorsitzende der Deutsch-Polnisch-Ukrainischen Gesellschaft. Seit wann gibt es trilaterale Gesellschaften? Auf jeden Fall scheint die Dame gut vernetzt und geeignet zu sein für antirussische Lobbyarbeit, wenn ihr Ruf bis nach London eilt.

Last, but not least hat sich Walter Gruhn noch nicht bei uns zurückgemeldet. Da er als IT-Experte der Gruppe vorgesehen ist, ist das ideologische Profil hier sicher zweitrangig.

#### *Bis in höchste Militärkreise*

Es ist uns bisher nicht gelungen, Katja Tichomirowa und das Ehepaar Freytag-Loringhoven zu kontaktieren. Tichomirowa wird von Adomeit in seiner Liste der potenziellen Cluster-Mitglieder noch als „Journalistin der Berliner Zeitung“ geführt. Tatsächlich aber arbeitet sie seit Jahren nicht mehr als Journalistin, sondern als Redenschreiberin im Bundespräsidialamt. Dies zeigt auch, dass der 77-jährige Adomeit nicht nur inhaltlich nicht mehr ganz auf der Höhe der (Anti-)Russlandberichterstattung ist. Entsprechend erratisch und auf persönlichen (zum Teil wohl eher in der Vergangenheit liegenden) Kontakten basierend ist seine Liste der Cluster-Mitglieder auch.

Am interessantesten und gleichzeitig mysteriösesten auf Adomeits Cluster-Liste ist sicher das Ehepaar Barbara und Arndt Freytag-Loringhoven. Frau Freytag-Loringhoven hat für den verstorbenen Russlandbeauftragten der Bundesregierung Andreas Schockenhoff gearbeitet. Das Kronjuwel in Adomeits Sammlung ist jedoch ihr Mann. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven war von 2007 bis 2010 Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes. Seit Ende 2016 ist er Beigeordneter Generalsekretär der NATO und Geheimdienstkoordinator der Allianz. Adomeit möchte, wie er in seinem Bericht schreibt, beide, Herrn und Frau Freytag-Loringhoven in Brüssel besuchen und für die „Integrity Initiative“ „möglichst gleichzeitig und privat briefen und interviewen“.

Es ist bislang unklar, ob es zu dem geplanten Treffen mit den Freytag-Loringhovens gekommen ist. Jedoch schon der Fakt, dass sich höchste Militärfunktionäre auf dieser Liste befinden, deutet auf einen länderübergreifenden Geheimdienstcharakter dieser Initiative hin.

#### *Die Aufklärung muss weitergehen*

Unterm Strich ist die Bildung der deutschen Zelle von „Integrity Initiative“ dank des Leaks von Anonymous wohl im Moment gescheitert. Ein Großteil der Kandidaten hat eine Zusammenarbeit abgelehnt. Wahrscheinlich bedeutet dies zumindest das Ende von Adomeit als Kopf der deutschen Zelle, da er versagt hat. Möglich wäre auch, dass sich eine Kernzelle gebildet hat aus erst einmal einer Handvoll überzeugter Mitarbeiter, die nun ihr Netzwerk aktivieren, um im Interesse von „Integrity Initiative“ zu agieren. Eine dritte Möglichkeit ist, dass Adomeits Geheimdienst-Chefs Elligton und Donnelly den Kopf der deutschen Zelle erst einmal zurückgepfiffen und ihn aufgefordert haben, den Ball flach zu halten. Wenn dann Gras über die Sache gewachsen ist, kann man einen neuen, noch konspirativeren Anlauf starten. Dies gilt es nun offenbar durch maximale Öffentlichkeitsarbeit zu verhindern. Noch ist der Deckel auf dem Gullefass. Aber Reaktionen, wie die von Joachim Krause vom Kieler Institut oder auch der Fakt, dass Journalisten auf der Liste Anwälte auf uns loslassen, nur weil wir ihre Namen in unserer Berichterstattung erwähnen und Zitate bringen, zeigt, dass diese Enthüllungen, so scheint's, eine Menge Unmut erregen. Es wird Zeit, dass alle darüber berichten und diese Dinge transparent aufgeklärt werden.

**abends:**

**mil-lnr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

### **Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Verletzung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainischen Streitkräfte abzulenken, füllt das Kommando der ukrainischen Besatzungstruppen den Informationsraum mit fälschlichen Beschuldigungen an die Volksmiliz der LVR.

So haben die Propagandisten aus dem Stab der Besatzungskräfte gemeinsam mit kontrollierten Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK mitgeteilt, dass Flüge von zwei Drohnen im Gebiet von Stschastje festgestellt wurden, die angeblich vom Territorium der LVR gestartet wurden.

Ich erkläre offiziell: Die Volksmiliz der Republik hält im Unterschied zu den ukrainischen Streitkräften ihre Verpflichtungen über den Nichteinsatz von Drohnen an der Kontaktlinie streng ein. Die Beschuldigung der ukrainischen Propagandisten sind absurd, wenn man die Wetterbedingungen dieser Woche berücksichtigt, bei denen ein Start von Drohnen sich als nicht möglich erweist.

### **de.sputniknews.com: Streit um INF-Vertrag: Nato-Chef spricht von Militärmaßnahmen – Kreml reagiert**

Moskau hat die Äußerung des Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, die Nordatlantische Allianz sei bereit zu Militärmaßnahmen für die Beilegung des Konfliktes um den INF-Vertrag (Vertrag zur Vernichtung aller Mittelstreckenraketen) mit Befremden aufgenommen.

Stoltenbergs Aussage stammt aus einem Interview für das norwegische Telegraphenbüro. Diese Worte des Nato-Generalsekretärs „sind ein weiterer Versuch, mit der mythischen russischen Bedrohung das zu kaschieren, was für alle augenfällig ist: eine Krise innerhalb der Allianz, die infolge der einseitigen Entscheidung der USA entstanden ist, aus dem Vertrag auszusteigen, der für die globale und die europäische Sicherheit, darunter auch für die Verbündeten Washingtons, eine fundamentale Bedeutung hat“, heißt es in einem Kommentar des PR-Amtes des russischen Außenministeriums.

„Der Nato-Führung ist gut bekannt, dass gerade Russland alle notwendigen Anstrengungen unternimmt, um durchzusetzen, dass dieser Vertrag weiter lebensfähig bleibt. Es bedarf keiner zusätzlichen Appelle an Moskau für den Dialog – wir treten konsequent für einen professionellen Dialog zu diesem Problem ein, und zwar nicht nur im bilateralen russisch-amerikanischen Format, sondern auch unter Teilnahme der Nato.

Gerade auf unsere Initiative wurde in der bisher letzten Sitzung des Russland-Nato-Rates am 31. Oktober 2018 ein Meinungs austausch zu der kritischen Situation durchgeführt, die um den INF-Vertrag entstanden ist“, so das russische Außenamt.

„Die Versuche, das Gespräch in einem ultimativen Ton zu führen und über ‚die letzte Chance‘ für Russland zu sprechen, wie Jens Stoltenberg es so betonte, entsprechen in keiner Weise den Versicherungen, dass die Rettung des Vertrages für die Länder der Allianz eine Priorität sei. Ganz im Gegenteil, derartige Äußerungen könnten eine Analyse der Situation auf der Grundlage eines professionellen Dialoges nur bremsen.

Wenn die Nato zu ‚Militärmaßnahmen‘ so sehr greifen möchte, so könnte die Vernichtung der Startrampen Mk-41, die in Rumänien in Verletzung des INF-Vertrages aufgestellt und in das Luftverteidigungs- und Raketenabwehrsystem der Nato integriert wurden, ein realer Beitrag dazu sein“, unterstreicht das russische Außenministerium.